

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA und Ing. Udo Guggenbichler, MSc betreffend „Teuerungslawine in den Wiener Gemeindebauten stoppen“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 22. Juni 2022 im Rahmen der Dringlichen Anfrage „drohende Verteuerung der Lebenserhaltungs- und Energiekosten durch die Stadt Wien“

Mit 1. April 2022 erfolgte eine drastische Erhöhung der Richtwerte im Wiener Gemeindebau. FPÖ und SPÖ stemmen sich auf Bundesebene-leider erfolglos- dagegen. Das belegt unter anderem der Dringliche Antrag der SPÖ im Nationalrat vom 5.4.2022, in dem eine Fünf-Punkte-Agenda für ein leistbares Leben in Österreich gefordert wurde. Die SPÖ-Chefin Dr. Rendi-Wagner spricht bei der Erhöhung der Richtwertmieten in diesem Zusammenhang von einem "Sündenfall" und einem schweren Fehler aus sozialpolitischer und aus wirtschaftspolitischer Sicht.

Bedauerlicherweise geht die SPÖ-Wien einen anderen Weg und konterkariert die Bundeslinie, erhöht die Mieten in den Wiener Gemeindebauten um fast sechs Prozent und bezeichnet ihr perfides Vorgehen doppelzünftig als „vom Bund verordnete Zwangsmaßnahme“.

Dass es auch anders geht, zeigt der Bürgermeister der Stadt Traiskirchen (NÖ), Andreas Babler- ebenfalls SPÖ. Mittels Dringlichkeitsantrags wurde vom Gemeinderat auch angesichts der allgemeinen Preissteigerungen die per Gesetz vorgeschriebene Indexierung und Wertanpassung der Mieten in Gemeindewohnungen vorerst für ein Jahr ausgesetzt.

Im Zuge dieses Anstiegs bei Mieten ist zusätzlich zu befürchten, dass die Verwaltungshonorare und die Betriebskosten bei Wiener Wohnen angehoben werden und somit eine weitere Belastung ansteht.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat fordert die zuständige amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen auf,

1. die Erhöhung der Richtwertmieten im Wiener Gemeindebau zurückzunehmen,
2. diese in den nächsten fünf Jahren nicht mehr zu erhöhen und
3. dafür Sorge zu tragen, dass Verwaltungshonorare und Betriebskosten bei Wiener Wohnen nicht angehoben werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages verlangt.